

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 38. Rat 2004-2009 Sitzungsdatum: 11.11.2008 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 11.11.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) **Öffentliche Sitzung**
1. Einführung und Verpflichtung eines Stadtverordneten
 2. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
 3. Berichte über die Ausführung von Beschlüssen
 - 3.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.02.2008 aus öffentlicher Sitzung
 - 3.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.01.2008 aus öffentlicher Sitzung
 4. Vorstellung und Beratung der weiterentwickelten Bebauungskonzepte für das Grundstück am Rathausplatz der beiden bekannte Investoren
 5. 36. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gesamtes Stadtgebiet - hier: Aufstellungsbeschluss zur Anpassung von diversen Punkten an die Realnutzung im gesamten Stadtgebiet
 6. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
 7. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung einer Abgrabungskonzentrationszone - Bildenstock - hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 8. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Einberufung einer Einwohnerversammlung zum Thema "Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen"

9. Anordnung einer Einwohnerversammlung
Endausbau Bebauungsplangebiet Kirchenweg
10. Graffitiproblem in Übach-Palenberg
11. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung
"Straßenreinigung" für das Jahr 2009
12. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung
"Abfallentsorgung" für das Jahr 2009
13. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung
"Stadtentwässerung" für das Jahr 2009
14. 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Be-
nutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung
"Bestattungswesen" für das Jahr 2009
15. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Benutzung einer
nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flücht-
lingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung
16. Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für Vermögensgegenstände der
Stadt Übach-Palenberg
17. Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg
18. Nutzung der Waschkaue für Kulturveranstaltungen
hier: Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit
19. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom
20.10.2008 betr. Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Grundschule
Scherpenseel
20. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 20.1. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom
03.09.2008 betr. Einrichtung eines Pflegestützpunktes in der Stadt Übach-
Palenberg
- 20.2. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom
31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Fa. Davids in Frelenberg, hier
Verkauf des städtischen Grundstücks
21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 22. Berichte über die Ausführung von Beschlüssen
 - 22.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.02.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 22.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.01.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung.
- 23. Vergabe: Abriss Haus Ernst und Obdächer Heinsberger Straße
 - 23.1. Ergänzung zu Punkt 23 der Tagesordnung des Rates vom 11.11.2008
- 24. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 25. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfragen

Anwesenheitsliste

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Sven Bildhauer	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD

Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll	
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski	
Herr Beig. für Planen und Bauen Volker Schlüter	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen	
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen	(ab TOP 5, 18:10 Uhr)
Herr Stadtamtmann Herbert Jansen	(bis Ende öffentl. Sitzung, 19:55 Uhr)
Herr Stadtoberinspektor Björn Beeck	(bis Ende öffentl. Sitzung, 19:55 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass den Stadtverordneten noch zwei Erweiterungen zur Tagesordnung vorlägen und zwar in den Punkten

- 20.1 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 3.9.2008 betreffend Einrichtung eines Pflegestützpunktes in der Stadt Übach-Palenberg sowie
- 20.2 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betreffend beabsichtigte Abgrabung der Firma Davids in Frelenberg, hier: Verkauf eines städtischen Grundstückes.

Diese Punkte seien bereits fristgerecht zur Erweiterung der Tagesordnung den Stadtverordneten übersandt worden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass die Stadtverordnete Erika Tanzer ihren Wohnort gewechselt und deshalb zum 31.10.2008 ihr Ratsmandat niedergelegt habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schlug vor, aufgrund der inhaltlichen Zusammenhänge zwischen Tagesordnungspunkt 6, 7 und 20.2 diese zusammenfassend zu beraten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung vorgeschlagen habe, den Punkt

- 17. Techn. Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg

aufgrund noch vorhandenen Beratungsbedarfs erst in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Dezember weiter zu beraten und deshalb von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Beschluss:

Folgende Tagesordnungspunkte werden zusammenfassend beraten:

- 6. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung Frelenberg IV Bildenstock/Stegherfeld der Firma Davids
hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens**
- 7. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung einer Abgrabungskonzentrationszone - Bildenstock -**
- 20.2 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betreffend beabsichtigte Abgrabung der Firma Davids in Frelenberg
hier: Verkauf eines städtischen Grundstücks**

Folgender Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und an den Haupt- und Finanzausschuss und Rat im Dezember verwiesen:

- 17. Techn. Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen und am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte am Ende der öffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Stadtverwaltung richten zu wollen.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Einführung und Verpflichtung eines Stadtverordneten**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass als Nachfolger des ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel der Stadtverordnete Herbert Mlaker nachgerückt sei.

Gemäß den Vorschriften der Gemeindeordnung wolle er nunmehr die Verpflichtung des Stadtverordneten vornehmen. Hierzu bat er die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben und Herrn Mlaker folgende Verpflichtungsformel nachzusprechen:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach besten Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Bürgermeister Schmitz-Kröll begrüßte daraufhin den neuen Stadtverordneten im Kreis des Rates und gab seiner Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit Ausdruck.

2 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sie nicht zum Protokoll der letzten Ratssitzung, sondern zur Niederschrift der Haupt- und Finanzausschusssitzung aus der letzten Woche eine Anmerkung vorbringen wolle.

Offensichtlich habe sich zum TOP 4 „Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung Frelenberg IV Bildenstock/Stegerfeld der Firma Davids, Geilenkirchen“, ein Zahlendreher in das Abstimmungsergebnis eingeschlichen. So müsse es bei Unterpunkt 2 eigentlich heißen: 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Beschluss:

Die Niederschrift zur letzten Sitzung des Rates vom 9.9.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 **Berichte über die Ausführung von Beschlüssen**

3.1 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.02.2008 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.2.2008 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.01.2008 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführungen der Beschlüsse des Rates vom 29.1.2008 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4 Vorstellung und Beratung der weiterentwickelten Bebauungskonzepte für das Grundstück am Rathausplatz der beiden bekannten Investoren

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass Herr Zeuner von der Firma Concept-Consulting leider akut erkrankt sei und aus diesem Grund sein Konzept heute nicht vorstellen könne. Der weitere Interessent Herr Fleischhauer habe erst gestern seine weiterentwickelten Planunterlagen abgegeben. Diese seien jedoch noch nicht in einer vorzeigbaren Version, so dass man darum bitte, diesen Tagesordnungspunkt erst in der kommenden Sitzung des Rates im Dezember wieder zu behandeln.

Von Seiten der Stadtverordneten wurden hiergegen keine Einwände vorgebracht.

5 36. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gesamtes Stadtgebiet -

hier: Aufstellungsbeschluss zur Anpassung von diversen Punkten an die Realnutzung im gesamten Stadtgebiet

Beschluss:

Für das Stadtgebiet Übach-Palenberg (siehe Übersichtsplan) wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen

hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er gerne auf die Berichterstattung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der letzten Woche in der Presse Bezug nehmen wolle. Er habe nicht gesagt, dass bestimmte Bedienstete die Schuld an der Nichtbeteiligung der politischen Gremien und der jetzigen Ausweisung der GEP-Fläche hätten. Selbstverständlich stehe er zu seiner Gesamtverantwortung als Behördenleiter und trage auch diese. Es müsse ihm jedoch erlaubt sein, die „Finger in

die Wunde“ zu legen und aufzuzeigen, wo und welche Fehler gemacht worden seien. Dass er die gesamte Angelegenheit als „Schlamperei“ bezeichnet habe, dazu stehe er. Hierfür wolle er sich bei den betroffenen Frelenberger Bürger/innen entschuldigen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man die Diskussion in zwei Bereiche trennen solle. Zum einen gehe es um den Vorgang der GEP-Änderung aus dem Jahre 2001 und zum anderen um die Planung zur Abgrabung Frelenberg heute. Zur Lösung müssen diese Dinge getrennt werden. Er habe im Rathaus Akteneinsicht genommen und könne diesbezüglich von seiner Einschätzung nicht abrücken, dass der Bürgermeister von der Änderung des GEP hätte wissen müssen.

Die Ausführungen des Bürgermeisters von eben unterscheiden sich seiner Meinung nach von dem was dieser in der Haupt- und Finanzausschusssitzung gesagt habe. Zum Umgang mit den Mitarbeitern erklärte er, dass er es für wichtig halte, dass sich der Bürgermeister vor diese stelle und es sich nicht gehöre diesen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er es als positiv betrachte, dass der Bürgermeister seine Verantwortung als Verwaltungschef wahrgenommen habe. Er müsse sich vor seine Mitarbeiter stellen, auch wenn Fehler gemacht worden seien, schließlich habe er als Chef den „Hut auf“. Er sehe mit der heutigen Erklärung des Bürgermeisters diese Sache allerdings vom Tisch.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er sich noch einmal auf das eben Gesagte beziehe und er denke, dass für alle Beteiligten die nötige Klarheit in der Sache geschaffen werden konnte.

Stadtverordnete **Gillen** erläuterte, dass sie die Unterlagen zur GEP-Änderung durchgelesen und dabei festgestellt habe, dass im Bericht zur Sachverhaltsermittlung auf Seite 8 aus der Verwaltungsvorstandssitzung Nr. 10/2001, TOP 9 folgendes zitiert werde:

„Die Planungsunterlagen sind erst vor wenigen Tagen hier eingetroffen. Bei der Durchsicht konnte festgestellt werden, dass entgegen der bisherigen Planung zwischen der Heerleener Straße und der Heide ein Kies/Sand-Abgrabungsgebiet auf Antrag des Bergamtes ausgewiesen wurde. Die Stadt hat sich bisher hierzu nicht geäußert. Der Straßenverlauf für die neue Straßenverbindung in die Niederlande ist nicht betroffen.“

Hierzu ergeben sich ihr folgende Fragen, um deren Beantwortung sie bitte:

1. Warum hat die Stadt sich „nicht geäußert“, vielleicht wegen der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen den Rheinischen Baustoffwerken gegenüber?
2. Wann ist der Antrag des Bergamtes gestellt worden?
3. Was ist im weiteren Verlauf mit dem Abgrabungsgebiet geschehen?
4. Im aktuellen GEP ist das Gebiet „Scherpenseeler Feld“ nicht enthalten; wird es womöglich noch nachgetragen?
5. Schließt die Umweltverträglichkeitsprüfung, die seinerzeit für die Umgehungsstraße Scherpenseel erstellt worden ist, das Abgrabungsfeld mit ein?
6. Begünstigt eine zukünftige Umgehungsstraße den Kiesabbau im „Scherpenseeler Feld“?
7. Wann wurden die Ratsmitglieder über diese Vorgänge informiert?

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass für die Abgrabung Scherpenseel in dieser Form kein Einvernehmen erteilt worden sei. Ob jedoch Scherpenseel ein für allemal als Abgrabungszone erledigt sei, könne nicht gesagt werden. Für die Zukunft gebe es diesbezüglich ohnehin keine Garantie. Die Ausweisung einer Konzentrationszone für Abgrabungsflächen habe das Ziel, Abgrabungen im Stadtgebiet dauerhaft zu verhindern. Werde jedoch ein Antrag gestellt, müsse sich hiermit beschäftigen und die rechtlichen Möglichkeiten hierzu ausgelotet werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die einzelnen Fragen jedoch schriftlich beantwortet würden.

Stadtverordneter **Weißborn** zitierte aus der Zeitung „Blickpunkt“, dass vielmehr die Stadt vor Jahren im Rahmen der Änderung der Regionalplanung/ Gebietsentwicklungsplanung mit Nachdruck und Erfolg darauf hin gearbeitet hätte, dass keine weiteren Abgrabungen im Stadtgebiet zugelassen worden seien. Jetzt endlich werde die Stadt für ihre Arbeit und ihren Einsatz belohnt.

In diesem Zusammenhang werde jetzt darauf hingewiesen, dass weitere Abgrabungen doch möglich sein könnten. Eine Aussage könnte demnach nicht stimmen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass sich der Artikel zur Kiesabgrabung Marienberg darauf bezogen habe, dass keine Abgrabungen mehr durch die Rheinischen Baustoffwerke im Stadtgebiet vorgenommen würden. Dies sei im GEP-Verfahren erreicht worden. Aber auch der GEP könnte erneut geändert werden. Nach wie vor sei es so, dass durch Abgrabungskonzentrationszonen die Ausweisung weiterer Abgrabungsflächen verhindert werden solle.

Stadtverordneter **Fröhlich** erklärte, dass in der letzten Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung über Abgrabungskonzentrationszonen gesprochen worden sei. Hierbei sei deutlich geworden, das Ziel sei, auch auf die Entwicklung der Frelenberger Abgrabung Einfluss nehmen zu können. Nunmehr sei aber gesagt worden, dass es auch andere Möglichkeiten gebe, Abgrabungen zu realisieren.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass die Ausweisung einer Konzentrationszone nach wie vor sehr sinnvoll sei. Eine Überschreitung dieser Konzentrationszone sei nach wie vor möglich, wenn ein entsprechender Antrag bei der Bezirksregierung gestellt werde. Hier sei jedoch dann auch die Beteiligung der Stadt erforderlich. Bei einer Beantragung nach Bergrecht sei allerdings die überregionale Planung betroffen, die dem Einflussbereich der Stadt entzogen sei. Zwar werde auch in diesem Fall die Stadt beteiligt, jedoch könnten solchen Maßnahmen wesentlich schlechter verhindert werden.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte daraufhin den Kompromissvorschlag, den die Verwaltung mit der Firma Davids ausgehandelt habe. Er wies darauf hin, dass die Grenze zur Wohnbebauung mindestens 200 m betrage. Weiterhin werde durch eine Wallanlage und ein Grünstreifen eine zusätzliche räumliche Trennung hergestellt. Diese würden vor Abgrabungsbeginn errichtet, so dass sie den entsprechenden Schutz bei Abgrabungsbetrieb gewährleisten könnten. Er verwies darauf, dass der Kompromiss auf jeden Fall eine Verbesserung zu dem von der Firma Davids ursprünglich eingereichten Antrag darstelle. Wie mit dem Bürgermeister vereinbart, solle in einer Einwohnerversammlung am 25.11.2008 die Thematik noch einmal erläutert werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass das Rechtsanwaltsbüro Lenz und Johlen in seiner Stellungnahme festgestellt habe, dass der Antrag der SPD durchaus haltbar sei. Sofern die Firma Davids ohne die Berücksichtigung der kritischen Wegparzelle abgraben wolle, interessiere ihn, wie lange dies dauern würde. Er bat darum, dass die Frage vielleicht vom anwesenden Herrn Davids beantwortet werden könne.

Bürgermeister Schmitz-Kröll räumte Herrn Davids Rederecht ein.

Herr **Davids** erklärte, dass davon ausgegangen werde, dass es sechs bis sieben Jahre dauere, bis in diesem Bereich abgegraben werden könne.

Stadtverordneter **Gudduschat** frage, ob es stimme, dass bei einer Ablehnung des Kompromissvorschlages die Firma Davids deutlich gemacht habe, dass sie einen neuen Antrag ohne Berücksichtigung der städtischen Wegeparzellen einreichen werde und dann innerhalb der GEP-Fläche abgraben wolle.

Beigeordneter **Schlüter** bestätigte, dass dies von der Firma Davids so geäußert worden sei.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dass für die kommende Einwohnerversammlung am 25.11. beide Alternativen deutlich gemacht werden. Die SPD-Fraktion werde bis zu diesem Zeitpunkt ihren Antrag zurückstellen.

Man halte es zusätzlich noch für erforderlich, dass von Seiten des Antragstellers zusätzliche Vorkehrungen getroffen würden, z.B. ein Verbot von Moto-Cross-Rennen in der Kiesgrube sowie eine angemessene Bewässerung, um die Staubentwicklung zu reduzieren.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass er sich den Ausführungen anschließe. Er sehe ebenfalls, dass eine Abgrabung grundsätzlich nicht zu verhindern sei und favorisiere deshalb den Kompromissvorschlag.

Beschluss:

- 1. Das Einvernehmen zum vorliegenden Antrag der Firma Davids vom 18.03.2008 wird versagt.**
- 2. Der Rat beschließt eine erneute Einwohnerversammlung in der der Kompromissvorschlag vorgestellt wird. Als Termin wird der 25.11.2008, 19.30 Uhr in der Turnhalle der Gemeinschaftsgrundschule Frelenberg festgelegt. An der Einwohnerversammlung nehmen folgende Personen teil:**

Für die SPD-Fraktion:	Stadtverordneter Heiner Weißborn und sachkundiger Bürger Wolfgang Schneider
Für die CDU-Fraktion:	Stadtverordnete Silvia Gillen und Stadtverordneter Fred Fröschchen
Für die UWG-Fraktion:	Stadtverordnete Vera Sarasa
Für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen	Stadtverordneter Björn Utecht
Für die FDP:	Stadtverordneter Manfred J. Offermanns

3. **Hilfsweise wird die Zurückstellung des Vorhabens gem. § 15 BauGB bei der Abgrabungsbehörde des Kreises Heinsberg beantragt. Die Zurückstellung erfolgt, um die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 7 **37. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung einer Abgrabungskonzentrationszone - Bildenstock -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

Beschluss:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 20.2 **Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Fa. Davids in Frelenberg, hier Verkauf des städtischen Grundstücks**
-

Die SPD-Fraktion zog den Antrag für die heutige Sitzung des Rates zurück und erklärte, dass dieser zu den Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Dezember wieder auf die Tagesordnung zu nehmen sei.

- 8 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Einberufung einer Einwohnerversammlung zum Thema "Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen"**
-

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW genehmigt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsun-

terlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**9 Anordnung einer Einwohnerversammlung
Endausbau Bebauungsplangebiet Kirchenweg**

Beschluss:

Die Einwohnerversammlung zum Endausbau des Baugebietes Kirchenweg wird angeordnet.

An der Einwohnerversammlung werden folgende Stadtverordnete teilnehmen:

Für die SPD-Fraktion:	Stadtverordnete Bärbel Bartel und Stadtverordneter Heiner Weißborn
Für die CDU-Fraktion:	Stadtverordnete Silvia Gillen und Stadtverordneter Herbert Konrads
Für die UWG-Fraktion:	sachkundiger Bürger Wolfgang Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen:	sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath
Für die FDP:	Stadtverordneter Manfred J. Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Graffiti-Problem in Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Overländer** berichtete darüber, dass am gestrigen Tage ein Bürgerinformationsgespräch stattgefunden habe. Hierbei habe sich herausgestellt, dass bezüglich des Unterpunktes 2 im Beschlussentwurf erhebliche Widerstände zu verzeichnen seien, so dass noch weiterer Beratungsbedarf bestehe. Hier werde insbesondere der Standort eines Jugendtreffpunktes in Boscheln thematisiert

Stadtverordneter **Konrads** lobte das Engagement der Jugendlichen, die sich gerade im Bereich der Graffiti-Problematik sehr eingebracht hätten. Die Zusammenarbeit habe sich angenehm gestaltet und es sei festzuhalten, dass es sich lohne, Jugendliche schon früh in politische Entscheidungsprozesse mit einzubinden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlüsse des Jugendforums (siehe Anlage) umzusetzen, soweit dies rechtlich und tatsächlich möglich ist und hinsichtlich der Wände der Sporthallen das Einvernehmen der betroffenen Schulen hergestellt werden konnte.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind aus dem Haushaltsansatz 452/5703 zu bestreiten. Soweit diese zur Finanzierung nicht ausreichen, sind die fehlenden Haushaltsmittel auf der v.g. HHSt. des Haushaltes 2009 bereitzustellen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Wurde zurückgestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Förderverein für Kinder und Jugend Frelenberg e.V. beantragte Errichtung einer ca. 10 Meter langen Graffiti-Mauer auf dem städtischen Grundstück (Flurstück 1934, Flur 63) auf dessen Kosten zuzulassen. Vor der Errichtung der Mauer sollen die Vorstellungen der Grundstücksnachbarn mit in die Umsetzung des Vorhabens einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 11 **Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2009**
-

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2009 – betreffend die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“– wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 12 **Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2009**
-

Stadtverordneter **Overländer** regte an, die zusätzlichen Abfuhrtermine der Biotonne schon Mitte August einzusetzen, da die Notwendigkeit von weiteren Leerungen sich bereits ab diesem Zeitpunkt für etwaige Grünpflegearbeiten ergebe. Diese sollten kostenneutral dadurch erreicht werden, dass ein anderer zusätzlicher Abfuhrtermin für die Biotonne aus dem Jahresprogramm gestrichen werden könne.

Stadtamtmann **Jansen** erläuterte, dass im Sommer vier und im Herbst zwei zusätzliche Abfuhrtermine für die Biotonne eingeplant seien. Dies resultiere aus einem damals vom Stadtrat geäußerten Wunsch. Es sei grundsätzlich möglich eine Verschiebung eines zusätzlichen Abfuhrtermins mit der Abfuhrfirma zu vereinbaren, jedoch müsse bedacht werden, dass die Vorbereitung für die Erstellung des Abfallkalenders bereits laufen. Er werde sich jedoch bemühen, auf die Abfuhrtermine noch Einfluss

zu nehmen.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte in Zusammenhang mit den Biotonnen, dass es mittlerweile auch schon wirksame biologische Mittel z.B. auf Kalkbasis gebe, um Verfaulungsprozessen Einhalt zu gebieten. Hierzu sei es sinnvoll beispielsweise mit dem Müllkalender entsprechende Hinweise verteilen zu lassen.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich nach den Erkenntnissen zur Überprüfung der Bestände, für die Altpapiertonne.

Stadtamtmann **Jansen** erklärte, dass die Firma Schönmakers bestätigt habe ein Bestandsverzeichnis für die Altpapiertonnen zu führen, da sich diese in ihrem Eigentum befänden. Die Stadt Übach-Palenberg führe ein Bestandsverzeichnis für die Restmülltonnen, jedoch nicht für die Altpapiertonnen, da sich die Berechnung nach dem alten Vertrag unabhängig von der Zahl der Altpapiertonnen bemessen hatte. Dies habe sich bekanntermaßen geändert. Zählungen der Stadt Übach-Palenberg, die an zwei unabhängigen Terminen im Stadtgebiet durchgeführt wurden, hätten einen Bestand an herausgestellten Abfalltonnen von 5.400 ergeben. Von Seiten der Firma Schönmakers werde eine Anzahl von 6.400 Tonnen angegeben. Die Fa. Schönmakers gab dabei zu bedenken, dass bei den von der Stadt per Zählung am Straßenrand ermittelten Tonnen ca. 10 % an nicht herausgesetzten Abfuhrtonnen hinzuge-rechnet werden müssen. Dennoch sei nachvollziehbar, dass die sich darstellenden 1.000 Tonnen Unterschied mit entsprechenden Stichprobenzählungen noch konkretisieren lassen. Auch bei den Biotonnen werde die Zahl noch angepasst werden. Er gehe davon aus, dass die in der Gebührenkalkulation festgestellte Zahl jedoch richtig sei.

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2009 – betreffend die öffentliche Einrichtung „Abfallentsorgung“- wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2009

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2009 – betreffend die öffentliche Einrichtung „Stadtentwässerung“- wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 14 **4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg**
Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2009
-

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, aus welchem Grunde höhere Zahlungen für die Heizungen in der Gebührenkalkulation zustande gekommen seien.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erläuterte, dass die Daten in der Gebührenkalkulation von der Kämmererei erstellt worden seien, jedoch der Kämmerer leider heute zur Sitzung erkrankt sei. Er gehe jedoch davon aus, dass aufgrund von vorliegenden Verbrauchsdaten dieser Betrag ermittelt worden sei.

Stadtverordneter Josef **Fröschen** erkundigte sich danach, warum ein so hoher Anteil für die Einebnung von Grabstellen zustande gekommen sei.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erläuterte, dass im Herbst eine Beschauung der Friedhöfe durchgeführt worden sei und man die entsprechenden Gräber ermittelt habe, für die eine Einebnung angesetzt werden müsse, um das würdevolle Erscheinungsbild des Friedhofes zu gewährleisten. Bei den Friedhöfen in Boscheln und Palenberg habe man hierzu 400 Gräber ermittelt. Nunmehr müssen die soweit noch lebenden Ansprechpartner und Nutzungsberechtigten für diese Grabstellen ermittelt und sie aufgefordert werden sich um eine ordnungsgemäße Pflege zu kümmern. Ist eine Zuordnung der Grabstelle aufgrund von fehlenden Angaben oder Versterben der entsprechenden Ansprechpersonen nicht mehr möglich, müssen sie auf Kosten der Stadt eingeebnet werden.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) wird auf Grundlage der durch die Kämmererei erstellten Gebührenbedarfsberechnung beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 15 **1. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung**
-

Beschluss:

Die 1. Änderung der „Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung vom 29.03.2006“ wird hiermit beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 16 **Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für Vermögensgegenstände der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschluss:

Die als Anlage zu dieser Sitzungsvorlage eingereichte Rahmentabelle sowie die hieraus resultierenden Bilanzwerte der städtischen Gebäude bzw. baulichen Anlagen werden zustimmend zur Kenntnis genommen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Die in der Rahmentabelle festgelegten Gesamtnutzungsdauern werden für die Prüfung der Eröffnungsbilanz an das örtliche Rechnungsprüfungsamt in Zusammenarbeit mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW weitergeleitet.

Ein abschließender Beschluss des Rates gem. § 41 GO NW wird im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 17 **Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg**
-

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung wurde zu Beginn in die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Dezember vertagt.

- 18 **Nutzung der Waschkäue für Kulturveranstaltungen**
hier: Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit
-

Beschluss:

Der AWO werden für die Nutzung der Waschkäue insgesamt 10 Ausnahmen

vom Verbot ruhestörender Betätigungen während der Nachtzeit zugelassen:

5 Veranstaltungen sind dabei aus dem Spektrum im Rahmen des § 12 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg auszuwählen. Für diese Veranstaltungen gilt die Ausnahme vom Verbot der ruhestörenden Betätigung bis 2.00 Uhr.

Darüber hinaus wird für 5 öffentliche Kulturveranstaltungen - über das Jahr verteilt - eine Ausnahme bis 23.30 Uhr zugelassen, d.h., der Besucherverkehr muss bis dahin abgefließen sein.

Die Zulassung der vg. 5 öffentlichen Kulturveranstaltungen erfolgt auf Widerruf.

Es wird erwartet, dass bei der Platzierung dieser Veranstaltungen auf von der Stadt durchgeführte bedeutende zentrale Veranstaltungen Rücksicht genommen wird. Diese Veranstaltungen sind im Vorfeld bei der hiesigen Kulturverwaltung abzufragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 19 **Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 20.10.2008 betr. Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Grundschule Scherpenseel**
-

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

An den
Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4

20.10.2008

52531 Übach-Palenberg

Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Grundschule in Scherpenseel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Übach-Palenberg folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden die Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Grundschule in Scherpenseel, gegebenenfalls mit Errichtung einer Bedarfsampel, möglich ist. Des Weiteren wird geprüft, ob an dieser sensiblen Stelle die Einrichtung einer fest installierten Anlage, die den Autofahrern ihre gefahrene Geschwindigkeit anzeigt, sinnvoll ist. An den Kosten der Messanlage würde sich der Schulverein beteiligen.

Begründung:

An der Grundschule Scherpenseel bestehen erhebliche Probleme bei der Überquerung der stark befahrenen Heerleener Straße. Insbesondere ist die Querung für die Schulkinder nicht gefahrlos möglich, da seit geraumer Zeit kein Schülerlotse mehr zur Verfügung steht. Selbst nach Veröffentlichung in der Tagespresse und in Elternbriefen fand sich bisher niemand für diese wichtige Aufgabe bereit. Nach einer Ortsbesichtigung ist die SPD-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, dass hier nur die Einrichtung eines Fußgängerüberweges evtl. mit Bedarfsampel sinnvoll ist. Begleitend dazu soll den Autofahrern verstärkt vermittelt werden, dass sie sich an einer Grundschule befinden und sie ihre Geschwindigkeit entsprechend anpassen müssen. Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft des Schulvereins und damit der Eltern, sich finanziell an der Messanlage zu beteiligen. Wir wissen, dass ein Überweg in der Vergangenheit bereits thematisiert wurde und wir möchten mit diesem Antrag die bisherigen Bestrebungen unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Bärbel Bartel
Stadtverordnete“

Stadtverordnete **Bartel** verwies darauf, dass massiv von Seiten besorgter Eltern der Wunsch an die Politik herangetragen worden sei, eine entsprechende Möglichkeit für Fußgänger und Schüler herzustellen. Deshalb sei dieser Antrag entstanden.

Stadtverordneter **Weißborn** ergänzte, dass soweit die Aufstellung einer Ampel nicht möglich sein sollte, die Verwaltung gebeten werde, die Suche nach einem verlässlichen Schülerlotsen noch einmal zu forcieren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden die Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Grundschule in Scherpenseel, gegebenenfalls mit Errichtung einer Bedarfsampel, möglich ist. Des Weiteren wird geprüft, ob an dieser sensiblen Stelle die Einrichtung einer fest installierten Anlage, die den Autofahrern ihre gefahrene Geschwindigkeit anzeigt, sinnvoll ist. An den Kosten der Messanlage würde sich der Schulverein beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

20 Erweiterungen zur Tagesordnung

20.1 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 03.09.2008 betr. Einrichtung eines Pflegestützpunktes in der Stadt Übach-Palenberg

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag der SPD-Fraktion:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

An den
Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4

03.09.2008

52531 Übach-Palenberg

Einrichtung eines Pflegestützpunktes in der Stadt Übach-Palenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Übach-Palenberg folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob gemäß § 92c Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, ein Pflegestützpunkt im Stadtgebiet Übach-Palenberg eingerichtet werden kann.

Begründung:

Wenn plötzlich ein Familienmitglied pflegebedürftig wird, ist einiges zu organisieren. Der bürokratische Aufwand mit Anträgen und Meldungen bei der Pflegekasse, Trägern der Alten- und Sozialhilfe kann den eigentlichen Pflegeaufwand weit übersteigen. Deshalb sollen so genannte „Pflegestützpunkte“ eingeführt werden.

Ab dem 1. Januar 2009 haben Pflegebedürftige und deren Angehörige einen gesetzlichen Anspruch auf kostenlose Beratung.

Mit einer Weiterleitung gemäß der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Übach-Palenberg an den Jugend- und Sozialausschuss zur weiteren Beratung sind wir einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Georg Overländer
Stadtverordneter“

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, dass das Gesetz zum 01.07.2008 angepasst worden sei. Bereits im Jugend- und Sozialausschuss habe man sich mit der demographischen Entwicklung in der Stadt Übach-Palenberg auseinandergesetzt. Die Notwendigkeit mit bedarfsgerechten Angeboten auf diese Situation zu reagieren, werde sich in den nächsten Jahren sicherlich weiter verstärken. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass nicht alle Kranken- und Pflegekassen vor Ort eine Vertretung vorhalten würden und somit die Beratung und Betreuung für Betroffene schwieriger sei, sehe man die Notwendigkeit einen Pflegestützpunkt auch in Übach-Palenberg einrichten zu lassen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erkundigte sich danach, ob schon Erkenntnisse vorlägen, aus denen die Planung des Kreises abzusehen sei. Sicherlich würden für die Einzugsbereiche auch mehrere Städte zusammengefasst werden.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass seiner Erkenntnis nach, drei Pflegestützpunkte für das Kreisgebiet vorgesehen seien. Von der immer wieder genannten Zahl von einer Station pro 20.000 Einwohner werde man in diesem Zusammenhang sicherlich nicht ausgehen können.

Stadtverordneter **Meertens** erläuterte, dass es mit Sicherheit sinnvoll sei, sich mit der Nachbarstadt Geilenkirchen diesbezüglich zusammzusetzen und eine gemeinsame Lösung anzustreben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob gemäß § 92c Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, ein Pflegestützpunkt im Stadtgebiet Übach-Palenberg eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass von Seiten der Regionalniederlassung Niederrhein des Landesbetriebes StraßenNRW die Errichtung des Kreisverkehrs an der Kreuzung „An der Linde/Friedrich-Ebert-Straße“ (Feuerwache) in 2009 bestätigt worden sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der vorigen Woche eine Anfrage der Stadtverordneten Weinhold zum Stand der Vermögensanlagen bei der WestLB gestellt wurde.

Er habe von der WestLB bezüglich des momentanen Stands eine schriftliche Zusammenfassung erhalten, die auch ausweise, dass bisher ein Betrag von rd. 350.000 Euro habe erwirtschaftet werden können. Auf dieses Jahr fallen davon positive Zahlungen von rd. 140.000 Euro. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf die bereits den Stadtverordneten vorliegenden Berichte zur Rechnungsprüfungsausschusssitzung.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass er auch eine Stellungnahme zum Baubeginn der Schokoladenproduktion in Übach-Palenberg durch die Firma CHOC1 erhalten habe. Es werde darauf verwiesen, dass man sich z.Zt. noch in der Bearbeitung von verschiedenen Teilprojekten befinde und aufgrund von Kapazitätsgründen keines der angefragten regionalen Bauunternehmen z.Zt. in der Lage war, einen Baubeginn in 2008 zu gewährleisten. Da bislang auch kein Bauauftrag vergeben wurde und die bauausführenden Firmen unterschiedliche Vorstellungen zum Bauablauf haben, könne zum konkreten Baubeginn noch keine Aussage gemacht werden. Geplant sei jedoch nach der Winterhärte im ersten Quartal 2009 zu begin-

nen. Auch dieses Schreiben, erklärte Bürgermeister Schmitz-Kröll, werde der Niederschrift beigelegt.

In Bezug auf die Realisierung des Kreisverkehrs an der Feuerwache erkundigte sich Stadtverordneter **Gudduschat** danach, ob bei Vorleistung der Kosten durch die Stadt im Nachhinein auch der Zins und Zinseszins erstattet würde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass dies nicht der Fall sei und verwies darauf, dass bei der Vorstellung der Vereinbarung auch nie davon gesprochen worden sei.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass durch die Möglichkeit der Vorfinanzierung über die Stadt eine wesentliche Beschleunigung der Realisierung habe erreicht werden können. Das bisher übliche Modell der Vorfinanzierung gebe es seit letztem Jahr nicht mehr. Man habe deshalb mit der Regionalniederlassung Niederrhein von StraßenNRW eine neue Regelung treffen können, die eine Auszahlung der Landesanteile zum Jahre 2012 vorsehe und dafür unter Vorfinanzierung durch die Stadt die vorgezogene Realisierung ermögliche. Eine Zahlung von Zinsen und Zinseszinsen werde dabei nicht erfolgen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Offermanns** erläuterte Beigeordneter **Schlüter**, dass die Realisierung in 2009 von der Verabschiedung des Haushaltes abhängig sei. Davon seien auch die weiteren Planungsaufträge abhängig.

Anfragen

Anfrage des Stadtverordneten Offermanns (FDP)

Stadtverordneter **Offermanns** verwies darauf, dass im neugestalteten Infopavillon im Naherholungsgebiet er einen behindertengerechten Zugang zur Dachterrasse vermisste. Er fragte, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, durch die Installation eines Fahrstuhls die Plattform zu erreichen oder über eine entsprechende Brückenkonstruktion den behindertengerechten Zugang zur Plattform zu ermöglichen. Weiterhin sehe er Probleme in einer Stufe im Eingangsbereich des Pavillions.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass der Eingangsbereich überprüft werde, aber die Situation sicherlich unproblematisch zu bewerkstelligen sei. Er betonte, dass das Konzept des Infopavillions einschließlich der Dachterrasse sowohl im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss, Haupt- und Finanzausschuss als auch Rat vorgestellt und beschlossen worden sei. Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Gillen sei sogar im StUA die Zugänglichkeit zur Dachterrasse erläutert worden. Gegen die Feststellung, dass eine weitere, barrierefreie Zugänglichkeit nicht vorgesehen sei, habe sich jedoch kein Widerspruch erhoben. Um jedoch in dieser Frage die Möglichkeiten und Kosten aufzuzeigen, sei der Architekt gebeten worden, einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Anfrage 1 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er davon Kenntnis erlangt habe, dass die Ortsumgehung Scherpenseel die Prioritätsstufe 1 zur Realisierung erhalten könne. Er wolle wissen, ob schon Kontakte zu den Nachbarkommunen aufgenommen worden seien um, die neuen Erkenntnisse bewerten zu können. Insbesondere der ursprünglich festgesetzte Zeitplan werde sich durch eine neue Priorisierung mit Sicherheit ändern.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er eine solche Information dem Rat zur Kenntnis geben wolle, wenn diese auch schriftlich bestätigt worden sei, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, diese Ankündigung wieder revidieren zu müssen.

Beigeordneter **Schlüter** betonte dass er die aktuelle Diskussion nicht kenne. Sein Sachstand sei, dass die notwendige Verkehrsuntersuchung der Gemeinde Landgraaf, der Stadt Übach-Palenberg und dem Landesbetrieb StraßenNRW vorliege und dem Ministerium übergeben werden soll. Diese werde aus Sicht der Verwaltung die Möglichkeit schaffen, dass die Straße in der Priorisierung nach oben steige wozu aber ein entsprechender Beschluss des Landtages erforderlich sei.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Josef Fröschen** berichtete darüber, dass ihm zugetragen worden sei, dass die sogenannte giftige Pflanze „Bärenklau“ auch in Übach-Palenberg aufgetreten sei. Er wisse von zwei Stellen wo diese Pflanze wachse. Es handele sich um den Bahnübergang am Schroifweg und ein unbebautes Grundstück an der Fidelisstraße. Ihn interessiere wie der Bauhof damit umgehe, da die entsprechenden Pflanzen aufgrund ihres starken Wildwuchses und ihrer Giftigkeit zu entfernen seien.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass die Entfernung der Pflanzen durch geschultes Bauhofpersonal erfolgen werde. Selbstverständlich erfolge auch eine separate Entsorgung, um ein Ausbreiten der Pflanze zu verhindern. Er bitte bei entsprechender Kenntnis der Stadt das Auftreten der Pflanze bekanntzugeben.

Anfrage 1-3 der UWG-Fraktion

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG besorgte Anfragen von Bürgern im Wohnumfeld des Freibades Übach-Palenberg erhalten und nun veranlasst habe folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung und Dokumentation an die Verwaltung zu stellen.

„Zum Betrieb des in absehbarer Zeit modernisierten Freibades in Übach-Palenberg sei geplant, in erheblichem Maße Grundwasser zu entnehmen.

- 1.1 Liegt die Genehmigung der zuständigen Wasserbehörde für die Grundwasserentnahme vor?
- 1.2 Gibt es Auflagen in der Genehmigung und welche?

- 1.3 Ist das Grundwasser belastet, und wie werden eventuelle Belastungen beseitigt? Z.B. Nitrat
- 2.1 Ist unter Zugrundelegung der sehr großen Entnahmemengen an Grundwasser mit Erdsenkungen und eventuell auch dadurch verursachte Gebäudeschäden zu rechnen?
- 2.2 Gibt es dem entsprechende Gutachteraussagen, oder Annahmen von Fachplanern?
- 3.1 Wird die Abwassermenge des Freibades zum Kanal gemessen, und wird der Anteil der resultierenden Kanalgebühren in der Stadtkasse entsprechend berücksichtigt und übernommen?“

Beigeordneter **Schlüter** erklärte zu 1.1, dass eine Genehmigung der zuständigen Wasserbehörde für die Grundwasserentnahme vorliege.

1.2 Bei fast jeder Genehmigung gebe es Auflagen und Nebenbestimmungen. Im wesentlichen seien es hier:

- stündliche/tägliche/jährliche Fördermenge, die zulässigerweise von dem Bohrbrunnen entnommen werden darf
- es sind entsprechende Betriebstagebücher zu führen und Messinstrumente vorzuhalten
- Untersuchungen der Qualität auf Grundlage der Trinkwasserverordnung sind entsprechend vorzunehmen

1.3 Erst wenn aus dem Brunnen gefördert werden könne, sei die Frage definitiv zu beantworten, wobei durch Probeentnahmen aus einem vorhandenen Tiefbrunnen weiter südlich eine gute Wasserqualität im Vorfeld festgestellt werden konnte. Dies sei seinerzeit für die Entscheidung des Rates auch mitgeteilt worden.

2.1 Diese Frage könne verneint werden, da er davon ausgehe, dass ansonsten der Kreis Heinsberg als zuständige Genehmigungsbehörde die Genehmigung nicht erteilt hätte.

2.2 Die Stadtverwaltung habe in Hinblick auf die Förderung von Grundwasser einen Fachplaner eingeschaltet, der sich speziell mit der Geologie (Carolus-Sprung) und der Möglichkeit, überhaupt der Schaffung eines Bohrbrunnens auseinandergesetzt habe und dies auch bei der Genehmigung Berücksichtigung gefunden habe.

3.1 Eine Messung der Abwassermenge des Freibades zum Kanal erfolge nicht, sondern entsprechend der Gebührensatzung wird Frischwasser gemessen, unabhängig, ob es aus dem öffentlichen Trinkwassernetz oder dem Bohrbrunnen komme und der Abrechnung der Gebühren zugrunde gelegt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss die öffentliche Sitzung um 19.55 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.15 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer